

Rainer Rupp: Wäre ein anständiger US-Präsident eine Chance für Europa?

6 Jan. 2025 19:58 Uhr

Im Zusammenhang mit dem Tod von Jimmy Carter und seiner grundlegenden Anständigkeit wurde auch die Frage aufgeworfen, was wäre, wenn wieder jemand wie Carter Präsident der Vereinigten Staaten würde? Und was würde das für Europa bedeuten?



Quelle: AP © Brynn Anderson

Eine Flagge weht auf halbmast, als der Sarg des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter am Samstag, den 4. Januar 2025, in der Jimmy Carter Presidential Library and Museum in Atlanta aufgebahrt wird. Carter starb am 29. Dezember im Alter von 100 Jahren.

Von Rainer Rupp

Meine kurze Antwort auf die Frage ist: "Keine Chance, dass jemand, der nach seinem Gewissen handelt, jemals wieder Präsident der Vereinigten Staaten wird!". Der Grund dafür ist schnell zu erkennen und hängt allein schon damit zusammen, dass heutzutage der Präsidentschaftswahlkampf Milliarden Dollar kostet. Wer finanziert das? Die kleinen Spenden aus der breiten Masse der Steuerzahler beziehungsweise der Bevölkerung? Sicherlich nicht, wie man zum Beispiel am Anteil der Kleinspenden und der Gesamtsumme für die Präsidentschaftskandidaten unschwer feststellen kann.

Kleinspenden sind definiert als unter 200 Dollar. Für die Wahl 2024 erhielt Trump Kleinspenden in Höhe von insgesamt 98 Millionen Dollar, die im Durchschnitt bei knapp über 34 Dollar lagen. Bei Harris, die insgesamt knapp eine Milliarde Dollar an Spenden einnahm, war der Anteil der Kleinspenden noch kleiner. Das große Geld kommt von Unternehmen, Konzernen, Interessensverbänden, Lobbyisten et

cetera. Trotzdem wird in unseren Qualitätsmedien immer so getan, als ob der gewählte Präsident die Interessen des Volkes vertreten würde.

Der Zustand in den USA – und mit einer knappen Verzögerung in den EU-Ländern, vor allem in Deutschland – sagt alles. Statistiken und Dokumentarfilme belegen, wie breit und wohlhabend die Mittelschicht in den 1960er Jahren in den USA und in Deutschland in den 1970er Jahren war. Das war auch die Zeit, in der der westliche Kapitalismus rapide über die eigenen Grenzen in die sogenannte Dritte Welt der Entwicklungsländer expandierte und die Gewinne der Unternehmen noch üppiger sprudelten als zuvor. Davon fielen auch ausreichend viele Krumen für die einheimische Schicht der Arbeiter und abhängig Angestellten im Westen ab.

Heute ist das anders: Die Ausbeutung der Weltbevölkerung ist für die westlichen Unternehmen im Laufe der letzten Jahrzehnte immer schwieriger geworden. Sie musste immer öfters mit kostspieligen Militärunternehmen erzwungen werden, von denen prioritär nur noch der militärisch-industrielle Komplex und die von ihm alimentierten "Denkfabriken" und Politiker profitieren, während die Masse der eigenen Bevölkerung zunehmend verarmt. Die Parallelen zu den Entwicklungen in der EU, deren Eliten einst Frieden, Wirtschaftswachstum und Wohlstand versprochen und jetzt Krieg, wirtschaftlichen Niedergang und Armut servieren, sind nicht rein zufällig.

Es sieht ganz danach aus, als ob sich die herrschende Klasse im postmodernen Kapitalismus, der die Ausbeutung der Dritten Welt immer weniger gelingt, als Objekt der Ausbeutung wieder zunehmend die eigene Bevölkerung in den westlichen Kernländern entdeckt hat, um die Verluste im Ausland zu kompensieren. Denn während es der westlichen Oberschicht gelungen ist, von Krise zu Krise immer größere Reichtümer für sich anzuhäufen, verschwindet die Mittelschicht und in der Unterschicht wächst die Armut.

Dieser Verarmungsprozess war zuerst kaum sichtbar: Es gab noch genügend "Speck" in der Gesellschaft, von dem die Menschen in den ersten Jahren zehren konnten, aber im letzten Vierteljahrhundert ist die soziale Fallgeschwindigkeit für die Mittelschicht überall im Westen rapide gestiegen, wobei diese Entwicklungen in den USA am weitesten fortgeschritten sind. Zugleich wächst in anderen Großregionen der Welt, vor allem in Asien, die Wirtschaft und der Wohlstand der breiten Massen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es in Europa eine starke politische Bewegung, sich von der US-amerikanischen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bevormundung abzukoppeln. Mit der Weigerung des "Alten Europa", vertreten durch die europäischen Kernländer Deutschland und Frankreich, im Jahr 2003 mit den Amerikanern in den verbrecherischen und zudem auch noch unsinnigen Irak-Krieg zu ziehen, und stattdessen mit den Russen gemeinsame Sache zu machen, läuteten in Washington die Alarmglocken, denn jetzt drohte den US-Ausbeutern auch noch die Kontrolle über das Wirtschaftspotenzial von 500 Millionen Europäern zu entgleiten.

In den Jahren nach 2003 wurden daher die gesellschaftlichen Strukturen der EU-Kernländer – angefangen von den Medien, den sogenannten NGOs, den Stiftungen und Denkfabriken der Politik und Industrie bis hinein in die politischen Parteien – von einem fein gewobenen Netz von US-bezahlten und politisch geförderten Einflussagenten durchdrungen, die letztlich die Auswahl unserer politischen Kaste und seit vielen Jahren die Zusammensetzungen sowie politische Linie der Regierungen in den europäischen Ländern bestimmen.

Der sogenannte "Deep State" ist transatlantisch und innerhalb der EU tief verfilzt. Wenn sich zum Beispiel der Chef des ominös-einflussreichen Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos, ein gewisser Herr Schwab, damit brüstet, dass "seine Leute" aus dem "Young Global Leadership"-Programm ("Junge globale Führer") inzwischen in allen wichtigen europäischen Regierungen führende Positionen innehaben, so ist das nur die Spitze des Eisbergs, und die ist schlimm genug, wie ein Vortrag von Schwab im Jahr 2017 zeigt, den er an der Harvard Kennedy School hielt und dabei diese bemerkenswerte [Aussage](#) machte:

"Wir sind sehr stolz darauf, dass wir mit unseren Young Global Leaders in jedes Kabinett auf dem Planeten vordringen."

Weiter wies er darauf hin, dass Staatsoberhäupter wie die damalige Bundeskanzlerin Merkel, der kanadische Premierminister Trudeau, der französische Präsident, der argentinische Präsident "und so weiter" allesamt dem WEF-Programm der "Young Global Leaders" entsprungen sind. Schwab fügte hinzu:

"Und ich weiß, dass die Hälfte seines [von Trudeau] Kabinetts oder sogar mehr als die Hälfte seines Kabinetts aus Young Global Leaders vom Weltwirtschaftsforum besteht. Das ist auch in Argentinien und in Frankreich der Fall."

Diese Erfolgsgeschichte zum Nachteil der europäischen Völker begann mit Frau Merkel, die als ehemalige Bundeskanzlerin über 16 Jahre die Weichen zum willigen US-Vasallen und dem damit verbundenen Niedergang Deutschlands gestellt hat und dabei von dem damaligen Präsidenten Frankreichs, Sarkozy, unterstützt wurde.

Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung war, dass die USA zu ihrem eigenen ökonomischen und politischen Nutzen die energetische Lebensader Deutschlands gesprengt und damit die Basis unseres Wohlstandes zerstört haben, wobei führende Regierungsmitglieder diesem Akt des US-Staatsterrorismus auch noch Beifall geklatscht haben. Zudem haben die USA mit verlockenden Subventionsangeboten an die deutsche Industrie deren Verlagerung in die USA noch zusätzlich begünstigt und uns damit nicht nur noch tiefer in den wirtschaftlichen Abgrund gestoßen, sondern unser Land noch enger an die Vasallenkette gelegt.

Auf X fand ich zu diesem Punkt einen passenden Kommentar, der die USA beschuldigt, "einen wirtschaftlichen Vernichtungskrieg gegen mein Land [Deutschland] zu führen".

"So wie der aktuelle Krieg in Europa bis zum letzten Ukrainer geführt wird, werden wir Deutschen wahrscheinlich bis zum letzten Arbeitnehmer kämpfen. Dass die USA uns nun die größte aller Demütigungen zufügen wollen, nämlich die Reste unserer Lebensader [North Stream] aufkaufen wollen, um uns in Zukunft zu ihren Bedingungen mit russischem Gas zu beliefern, verbessert meine Laune nicht. Ganz zu schweigen davon, dass sie seit 2008, genauer gesagt seit 2014, einen großen europäischen Krieg angezettelt haben. So wie die Ukrainer sterben, könnten auch wir bald sterben, wenn die Angriffe auf das russische Kernland weitergehen und kein Wunder geschieht. Ob das Wunder Trump heißt, wird nur die Zukunft zeigen... Skeptizismus ist ein guter Ratgeber."

"Übrigens: Ein Blick in den Spiegel oder in andere transatlantische deutsche Zeitungen (nur diese gibt es noch), ein Blick auf die Aussagen unserer Spitzenpolitiker, zeigt, dass diese mit den führenden politischen Kräften, jedenfalls mit den Demokraten, einer Meinung sind und Aussagen wie die meine mit äußerster Verachtung ahnden würden. Würde ich es jetzt wagen, meine historisch faktenbasierten

Aussagen zur Entstehung der Ukraine-Krise zu machen... dann stünde ich im "besten Deutschland aller Zeiten" [Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier] bereits mit einem Bein im Gefängnis."

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.